

MEINE SICHT

Weg mit dem Lohnunterschied



Martin Kröger über die nötigen Anpassungen bei der CFM
Foto: nd/Camay Sungu

Es ist eine himmelschreiende Ungerechtigkeit: Bis zu 40 Prozent betragen die Gehaltsunterschiede zwischen Beschäftigten der teilprivatisierten Charité-Tochter CFM und deren Mutterkonzern. Das für Linke wichtige Prinzip, gleiches Geld für gleiche Arbeit, ist hier außer Kraft gesetzt. Die Linkspartei und der Senat insgesamt haben bei diesem Thema aber vor allem deshalb eine Bringschuld, weil Beschäftigte – mit massiven Lohnkürzungen – 2006 unter Rot-Rot in die CFM ausgelagert worden waren.

Richtig ist, diesen Fehler bei der nächsten sich bietenden Gelegenheit zu korrigieren: Ab dem 1. Januar 2019 wird die CFM wieder eine hundertprozentige Tochter der Charité sein. Das ist gut so. Rot-Rot-Grün hält damit ein Versprechen des Koalitionsvertrages ein. Dass die ebenfalls in Aussicht gestellte Anpassung an den Tarifvertrag für den Öffentlichen Dienst (TVÖD) nun wohl vom Finanzsenator Matthias Kollatz-Ahnen (SPD) infrage gestellt wird, verwundert. Denn niemand, nicht einmal die Beschäftigten der CFM selbst, erwarten eine Angleichung von heute auf morgen. Wichtig sind ihnen aber schrittweise Verbesserungen.

Ein Abrücken von der Lohnangleichung wäre fatal und hätte negative Folgen, wie die Verunsicherung nach Bekanntwerden der Aussage des Senators bei Beschäftigten und Gewerkschaften zeigt.

Flaschensammler haben keine Lobby

Wer sich mit Pfand etwas dazuverdienen möchte, kämpft meist für sich allein und kennt keine Anerkennung

Die Initiative für Pfandflaschenkisten in Charlottenburg ist gescheitert und unter den Flaschensammlern steigt der Konkurrenzdruck. So wird es immer schwieriger, mit Pfandflaschen etwas zu verdienen.

Von Katharina Schwirkus

»Ich lebe in der Nähe der Hermannstraße und komme im Sommer jeden Abend auf das Tempelhofer Feld, um Flaschen zu sammeln«, sagt Telo. Seinen ganzen Namen möchte er nicht in einer Zeitung lesen. Er werde sowieso nur noch Telo genannt, erzählt er und zeigt auf sein Namens-Tattoo auf dem Unterarm. »Ich sammle sehr gerne Flaschen, schreib das in den Artikel«, sagt er auf Italienisch, Deutsch spricht er kaum. Er kommt aus Rumänien, lebt aber schon lange in Berlin und ist obdachlos. »Wenn es gut läuft, verdiene ich auch mal zehn Euro an einem Abend, aber in der Regel sind es nicht mehr als fünf«, sagt er.

Mara Fischer, Vorstandsvorsitzende von mob e.V., hat jeden Tag mit Menschen wie Telo zu tun. »Unionsbürger, die nicht leistungsberechtigt sind, verdienen sich mit dem Flaschensammeln ihr Geld«, sagt sie. Der Verein mob e.V. setzt sich für Obdachlose in der Hauptstadt ein und ist Herausgeber der Zeitung »Strasenfeger«. Aktuell lädt der Verein Menschen auf seiner Homepage dazu ein, vor den Bundestagswahlen eine Nacht auf der Straße zu verbringen und Obdachlose kennenzulernen. »Bisher haben sich schon 200 Menschen angemeldet, am 15. September vor unserer Notunterkunft zu übernachten. Auch bei unseren Kli-



Foto: imago/blickwinkel

enten wird das Projekt begrüßt«, sagt Fischer. Viele Menschen hätten ein falsches Bild von Obdachlosen, mit der Kampagne »Sleep out Berlin« wolle man Aufklärung betreiben und auch auf die Situation der Helferorganisationen aufmerksam machen. Oftmals finanzieren sich diese nur aus Spenden und erhalten keinerlei staatliche Leistungen.

»Ich habe vor zwei Jahren aufgehört, auf der Straße Flaschen zu sammeln, weil ich viel angepöbelt wurde«, sagt eine Rentnerin aus Berlin, die auf der Internetseite www.pfand-

geben.de angemeldet ist und ebenfalls anonym bleiben möchte. Das Portal ist seit 2011 online und bietet Menschen in ganz Deutschland die Möglichkeit, sich mit einer Handynummer anzumelden. Sie können dann von sogenannten Pfandgebern angerufen werden, die ihre Flaschen gerne an sie abgeben möchten.

»Ich hole die Flaschen zusammen mit einer Freundin ab, weil man ja auch nie weiß, wer einen da anruft und was einen erwartet«, erzählt die Rentnerin. Ihre Freundin sei 64 Jahre alt und beziehe Grundsicherung,

sie selbst habe im öffentlichen Dienst gearbeitet und ihre Rente sei daher »ein bisschen besser«.

Es klingt etwas skurril, aber offenbar ist die Internetseite erfolgreicher als die Pfandflaschenkisten-Initiative, die der Bezirk Charlottenburg-Wilmersdorf vor gut zwei Jahren ins Leben gerufen hatte. Auf einen Vorschlag der Grünen hin hatte der Bezirk in einem Pilotprojekt gemeinsam mit der Berliner Stadtreinigung (BSR) und dem Jobcenter Körbe für Pfandflaschen aufgestellt. Am Hardenbergplatz und am Rat-

haus Spandau standen die Behälter, die Menschen dazu aufriefen, ihr Pfandgut für Sammlerinnen und Sammler abzustellen. »Es war schwierig, ein allgemein verständliches Logo zu finden«, sagt Bezirksstadtrat Carsten Engelmann (CDU). Daher habe sich in den Behältern oftmals Müll angesammelt. Er selbst halte die Initiative aber weiter für sinnvoll: »Allein schon, damit die Menschen nicht mehr in die Mülleimer reinkrabbeln müssen.« Am Ende sei die Initiative aus finanziellen Gründen gescheitert. »Die Frage, wer kümmert sich um die Entfernung bei einer Zweckentfremdung der Behälter, konnte nicht abschließend geklärt werden, und deswegen liegt das Projekt jetzt erst mal auf Eis«, sagt Engelmann. Die BSR wollte die Kosten für die Pflege der Behälter nicht alleine übernehmen. »Ich selbst hatte mich für eine Ausweitung des Projekts eingesetzt«, sagt Engelmann. Die Wiederaufnahme der Initiative sei aber unklar. Es müsse erst der Haushaltsplan für 2018/2019 vom Senat beschlossen werden. »Klar ist aber auch, wenn das Projekt vom Bezirk finanziert werden soll, müssen wir an anderer Stelle sparen.«

»So oft klingelt mein Handy nicht«, sagt die Rentnerin von der Internetseite Pfandgeben.de. »Aber die Menschen, die anrufen, freuen sich, etwas geben zu können.« Auf die Spenden solcher Menschen setzt auch Mara Fischer. Doch mit der »Sleep out Berlin«-Kampagne sollen auch politische Forderungen laut werden. »Niedrigschwellige Träger wie wir müssen mehr Unterstützung vom Staat bekommen«, sagt Fischer. An den zentralen Eingängen zum Tempelhofer Feld stehen mittlerweile ebenfalls selbst gebastelte Pfandkästen, deren Pflege bisher selbstverwaltet funktioniert.

Rauch und Reizgas gegen Kurden

Neun Verletzte bei Solidaritätsveranstaltung in Spandau / Hintergründe unklar

Ende September stimmen Kurden im Nordirak über ihre Unabhängigkeit ab. Nach den Verletzten in Spandau befürchtet die kurdische Community hierzulande nun, dass Konflikte angeheizt werden.

Von Ellen Wesemüller

Bei einer Veranstaltung zum Unabhängigkeitsreferendum der autonomen Region Kurdistan sind am Sonntagabend in Spandau neun Personen leicht verletzt worden. Zeugen berichteten, dass es in dem Festsaal kurz vor 22 Uhr einen lauten Knall gegeben habe. Kurz darauf habe sich Rauch auf der Tanzfläche ausgebreitet. Unmittelbar danach sollen Unbekannte Reizgas versprüht haben, woraufhin die Gäste aus dem Saal liefen. Es soll auch zu einer Rangelei gekommen sein, so ein Polizeisprecher.

Neun Teilnehmer erlitten durch das versprühte Reizgas so starke Augen- und Atemwegsreizungen, dass sie im Krankenhaus ambulant behandelt werden mussten. »Unter den Verletzten waren viele Syrer«, sagte der Polizeisprecher.

In einigen Medien war von einer »Rauchbombe« die Rede. »So etwas gibt es gar nicht«, so der Polizeisprecher. Die Hintergründe der Tat sowie der Ablauf seien noch unklar und werden vom Polizeilichen Staatsschutz beim Landeskriminalamt untersucht. Es gebe zwar keine widersprüchlichen Aussagen, dennoch unterschieden sich die Angaben stark.

Rund 400 Menschen hatten an der Veranstaltung teilgenommen, um ihre Solidarität für das Referendum

zu bekunden. Die Kurden im Nordirak wollen am 25. September über eine Unabhängigkeit von der Zentralregierung in Bagdad abstimmen.

Die Polizei hatte die Veranstaltung nicht geschützt, weil sie gar nicht angemeldet war – dies ist auch nicht nötig, wenn es sich um private Räume handelt. Allerdings hatte der Veranstalter auch kein eigenes Sicherheitspersonal vor Ort. Ob dieses den Vorfall verhindert hätte, ist jedoch zu bezweifeln.

»Das ist wirklich eine sehr kritische Situation.«

Mehtap Erol, Ko-Chefin HDK/HDP Berlin

Mehtap Erol ist Ko-Vorsitzende der türkisch-kurdischen Partei HDK/HDP in Berlin. »Wir haben nun ein bisschen ein Problem«, sagt sie am Tag nach dem Vorfall. Die Veranstaltung hätten Anhänger von Masud Barzanî ausgerichtet, des Defacto-Präsidenten der Autonomen Republik, sowie dessen Demokratischer Partei Kurdistan. Von der sind aber nicht alle Kurden überzeugt: »Wir sind nicht gegen das Referendum. Aber wir brauchen kein Barzanî-Land, weil der mit Erdoğan unter einer Decke steckt«, sagt Erol.

In sozialen Netzwerken, so erzählt sie, tauchten nun Beschuldigungen auf, die Jugendliche der NAV-DEM hätten die Veranstaltung angegriffen. NAV-DEM ist eine Koordinierungsstelle verschiedener

kurdischer Vereine in Deutschland, die der PKK nahesteht. »Wir haben das recherchiert: Das ist nicht so«, sagt Erol. Sie habe im Gegenteil die Jugendlichen aufgerufen, Ruhe zu bewahren, auch in sozialen Netzwerken. »Da muss man jetzt sehr vorsichtig sein, die nicht gegeneinander aufzuwiegeln. Das ist wirklich eine sehr kritische Situation.«

Hakan Taş, innenpolitischer Sprecher der Linksfraction, sagte, Drohungen gegen Kurden existierten schon lange. Er forderte die Polizei auf, in alle Richtungen zu ermitteln. Dass es kurdische Jugendliche gewesen sind, daran glaubt auch er nicht: »Da hätten Kurden schwer verletzt werden können – das kann ich mir beim besten Willen nicht vorstellen.« Möglicherweise seien es auch türkische Nationalisten gewesen. »Das ist eine Provokation, die den Freiheitskampf torpedieren soll.«

HİN'BÜN ist ein Bildungs- und Beratungszentrum für Frauen und ihre Familien in Spandau, das sich besonders an Kurdinnen richtet. Mitarbeiterin Sabine Knepel sagt über die Atmosphäre zwischen Kurden und Türken im Bezirk: »Es ist friedlich hier. Toi, toi, toi.«

Doch sie hat noch von einem anderen Anschlag gehört: Unbekannte hatten bereits in der Nacht zu Sonntag auf einem Spielplatz an der nahe gelegenen Lazarusstraße mit einer Explosion ein Holzklettergerüst und ein Spielhäuschen zerstört. Auch hier ermittelt das Landeskriminalamt. Die Polizei vermutet jedoch, dass es keinen Zusammenhang gibt. Aber: »Man wird das prüfen.«

CFM: LINKE steht zur Tarifierpassung

Finanzsenator sorgt mit Vorstoß zu Charité-Tochter für Aufregung in der Koalition

Die Verbesserung der Bedingungen bei der CFM sind ein wichtiges Projekt von Rot-Rot-Grün. Im Koalitionsvertrag wird auch eine Tarifierpassung in Aussicht gestellt. Davon rückte der Finanzsenator jetzt ab.

Von Martin Kröger

Die Löhne bei der Charité Facility Management (CFM) werden nicht auf die Höhe des Tarifvertrags für den Öffentlichen Dienst (TVÖD) angehoben. Das berichtet die »Berliner Morgenpost« unter Berufung auf Finanzsenator Matthias Kollatz-Ahnen (SPD). Das Blatt zitiert den Senator: »Das können wir uns nicht leisten.« Fast 30 Millionen Euro würde eine Tarifierpassung für die Beschäftigten der teilprivatisierten CFM im Jahr kosten, hat die Charité errechnet.

Im Koalitionsvertrag klang das noch anders: Die Koalition »setzt sich zudem dafür ein, dass auch für Landesunternehmen und ihre Tochterunternehmen, die bisher noch nicht tarifgebunden sind, zügig mit dem Ziel der Beschäftigungssicherung und der Angleichung an den TVÖD Tarifverträge abgeschlossen werden«.

Nun klingt es so, als sei das nicht mehr vorgesehen. Maik Sosnowsky, einer der rund 2800 Beschäftigten der CFM-Tochter, sagt: »Wir sind uns im Klaren darüber, dass der TVÖD nicht von heute auf morgen kommt.« Für die Beschäftigten sei es aber wichtig, eine Perspektive zu haben, dass die Lohnunterschiede von bis zu 40 Prozent verringert werden. »Das Problem ist, dass man sich in der SPD nicht einig ist«, sagt Sosnowsky mit Blick auf die unterschiedlichen Aussagen von Finanzsenator Kollatz-Ahnen und

dem Regierenden Bürgermeister Michael Müller (SPD), der eine Orientierung am TVÖD in Aussicht gestellt hatte.

Auch innerhalb der Koalition werfen einige die Debatte als Ausdruck der Querelen bei den Sozialdemokraten. »Es ist ein SPD-interner Konflikt«, sagt der wissenschaftspolitische Sprecher der Linksfraction, Tobias Schulze, dem »nd«. Es sei darüber hinaus unverständlich, warum der Finanzsenator in die laufenden Tarifverhandlungen dieses Signal sende. Schließlich habe der Aufsichtsrat

der Universitätsklinik gerade erst eine Tarifierhöhung auf elf Euro für die ganz besonders prekär Beschäftigten bei der CFM beschlossen.

Auch die Haushaltsexpertin der Grünenfraction, Anja Schillhaneck, erklärte: »Wir stehen zum Koalitionsvertrag und dem Ziel, die Bezahlung der Angestellten der Charité-Dienstleistungstochter CFM in Zukunft schrittweise an den Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst (TVÖD) anzugleichen.« Alles andere sei aus grüner Sicht unfair, unsozial und lasse sich nicht vermitteln.

ANZEIGE

FREILUFTKINO IM FMP1

IN KOOPERATION MIT B-WARE! LADENKINO

DO, 24.8. | 20:30 Uhr

WEIT. EIN WEG UM DIE WELT

FR, 25.8. | 20:30 Uhr

DAS IST UNSER HAUS

SO, 27.8. | 20:30 Uhr

LA LA LAND

plus 0&4

HORKING BERLIN

www.freiluftkino.berlin

IM INNENHOF DES BÜROHAUSES FMP1
FRANZ-MEHRING-PLATZ 1, 10243 BERLIN

nd